

zusätzliches Mitglied

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE	unentschuldigt
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	unentschuldigt

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Franz Blaser	SPD	entschuldigt
Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Tino Henning	DIE LINKE	unentschuldigt
Frau Elke Lentz	SPD	entschuldigt
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	entschuldigt

Gäste

Herr Erik Wolfram	Bereich Stadtentwicklung (zu TOP 3.1, 3.5, 4.3)
Herr Dr. Guido Schielke	Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung, Amtstierarzt (zu TOP 3.2)
Herr Torsten Wustrack	Bereich Verkehr und Technik (zu TOP 3.3, 3.6, 3.9)
Frau Corina Wartenberg	Vorsitzende des Rudervereins Vineta (Rederecht zu TOP 3.3)
Frau Sylvia Peukert	Bereich Grünflächen (zu TOP 3.4)
Herr Torsten Gessner	Bereich Sport (zu TOP 3.5)
Frau Martina Trauth-Koschnick	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt (zu TOP 3.8)

Protokoll

Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.06.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Effiziente Flächennutzung in Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0320
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
(Wiedervorlage)

- 3.2 Trichinenuntersuchung - Afrikanische Schweinepest (ASP)
Vorlage: 16/SVV/0387
Fraktion CDU/ANW
FA (ff)
- 3.3 Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Nuthestraße
Vorlage: 16/SVV/0398
Fraktion DIE LINKE
- 3.4 Änderung der Kinderspielplatzsatzung
Vorlage: 16/SVV/0400
Fraktion SPD
HA
- 3.5 Standort für den Ruderverein "Vineta"
Vorlage: 16/SVV/0426
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU/ANW
B/Sp., SBV (ff), OBR Neu Fahrland
- 3.6 Fußgängerüberweg Am Neuen Palais
Vorlage: 16/SVV/0427
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV
- 3.7 Sitzungskalender 2017
Vorlage: 16/SVV/0408
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
alle Ausschüsse und OBR
- 3.8 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 16/SVV/0296
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
+ alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte
(Mitteilungsvorlage)
- 3.9 Handwerkerparkausweis
Vorlage: 16/SVV/0376
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 BE über Sachverhaltsermittlungen und verfahrensrechtliche Konsequenzen zu
Baumfällungen auf der Südspitze von Hermannswerder (DS 16/SVV/0232)
Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
- 4.2 Stellungnahme zu bleibelastetem Trinkwasser durch veraltete
Trinkwasserleitungen im Stadtgebiet Potsdam
Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
- 4.3 Information zum "Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW): Umsetzungsprogramm
'Szenario 21,9 Mio.'"
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.4 Information zum Befreiungserfordernis "Campus Medienstadt"
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 16.06.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 5 von 6 stimmberechtigten Mitgliedern fest. Er begrüßt Herrn Carsten Linke, der als neuer sachkundiger Einwohner ab sofort für den ausgeschiedenen Herrn Jan Wendt die Ausschusssitzungen begleiten wird.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 16.6.2016 gibt es eine Einwendung: Herr Bullert (Sachbearbeiter Sportareal Luftschiffhafen) bittet in seinem Redebeitrag auf Seite 10, Absatz 1 des Protokolls um folgende Änderung der Formulierung:

Der bisherige Satz, „Über zwei Möglichkeiten, die Lage zu verbessern, werde nachgedacht: Das sogenannte Kombiticket sowie eine Koppelung mit Kapazitäten im Parkhaus, wodurch jedoch zusätzliche Kosten entstünden.“

soll durch die neue Formulierung:

„Um die Lage zu verbessern, bestünde zusätzlich zu dem bereits eingesetzten Kombiticket zur Nutzung des ÖPNV's die Möglichkeit einer Koppelung der Eintrittskarten mit den Kapazitäten im Parkhaus LSH. Hierdurch würden jedoch zusätzliche Kosten für den jeweiligen Veranstalter entstehen.“ ersetzt werden.

Weitere Änderungswünsche gibt es nicht.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen. Sie wird einstimmig bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es folgende Anmerkungen:

Zum TOP 3.8 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan bittet die Verwaltung aufgrund späterer Terminverpflichtungen des Verwaltungsvertreters, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen.

Der TOP 4.2 Stellungnahme der Verwaltung zu bleibelastetem Trinkwasser soll auf Bitten der Verwaltung und in Absprache mit dem Fragesteller wegen laufender Abstimmungen auf die Sitzung am 6.10. verschoben werden.

Neu hinzu kommt der TOP 4.4 Information zum Befreiungserfordernis „Campus Medienstadt“ bezogen auf den Baumerhalt.

Weitere Änderungswünsche gibt es nicht.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen. Sie wird einstimmig angenommen.

Es liegt ein Antrag auf Rederecht vor. Zum TOP 3.5 Standort Ruderverein „Vineta“ möchte Frau Dr. Corina Wartenberg (Vorsitzende des Rudervereins) sprechen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Rederechtsantrag zur Abstimmung; er wird einstimmig angenommen.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.8 1. Zwischenbericht zum Lokalen Teilhabeplan "Teilhabe für Alle!" der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0296

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
+ alle Fachausschüsse und Ortsbeiräte
(Mitteilungsvorlage)

Frau Trauth-Koschnick (Büro für Chancengleichheit und Vielfalt) geht auf die Mitteilungsvorlage ein, die als fächerübergreifende Aufgabe in alle Ausschüsse überwiesen wurde. Der Zwischenbericht gibt einen Sachstand zu der 2010 beschlossenen Erarbeitung eines Lokalen Teilhabeplans für die Landeshauptstadt Potsdam. Für die beabsichtigte Beschlussvorlage zum Teilhabeplan wirbt sie schon jetzt um Zustimmung.

Sie sagt zu, die vollständige Priorisierungsliste im Nachgang zur Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Herr Linke kritisiert den Bericht als zu wenig selbstkritisch. An manchen Stellen müsse ehrlicher mit den Themen umgegangen werden, die in der Landeshauptstadt nicht oder nur unzureichend funktionieren.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 16/SVV/0296 zur Kenntnis.

zu 3.1 Effiziente Flächennutzung in Potsdam

Vorlage: 16/SVV/0320

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
(Wiedervorlage)

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) geht anhand einer Präsentation erneut auf den in diesem Ausschuss erstmalig am 16.6. behandelten Antrag ein. Anhand von Beispielen betont er wiederholt, dass die hier angesprochenen Untersuchungen bereits mit den laufenden Maßnahmen zum Wohnungsbau sowie dem „Maßnahmeplan zur Sicherung und Entwicklung von gewerblichen Potentialflächen“ abgedeckt seien. Der Antrag werde bereits durch Verwaltungshandeln umgesetzt. Er rät von einem neuen, zusätzlichen Konzept ab.

Herr Walter erkundigt sich, wie künftig die Bebauung von Wald- bzw. Grünflächen verhindert werden kann.

Herr Wolfram verweist u.a. auf die Bauleitplanung und darauf, dass grundsätzlich alle Möglichkeiten geprüft werden. Erzwingen ließe sich entgegen gesetzlicher Bestimmungen bei den Eigentümern aber nichts.

Herr Jäkel hält den Antrag bis auf Teilaspekte für zu widersprüchlich. Es gebe genügend Konzepte, um in diese Richtung tätig zu werden. Er hält es für sinnvoller, jedes konkrete Projekt gesondert zu betrachten.

Herr Walter stellt den Antrag für den Antragsteller zurück, um sich hier nochmals beraten zu können.

zu 3.2 Trichinenuntersuchung - Afrikanische Schweinepest (ASP)

Vorlage: 16/SVV/0387

Fraktion CDU/ANW

FA (ff)

Herr Dr. Schielke (Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung, Amtstierarzt) führt aus, dass es sich hierbei um eine reine Tierseuche handelt, die nicht auf den Menschen übertragbar sei, sehr wohl aber auf Hausschweine. Bisher wurden noch keine Fälle in Deutschland registriert, eine Übertragung aus den Nachbarländern, beispielsweise Polen, sei jedoch möglich. Eine Einschleppung erfolge z. B. über eingeführte Fleisch- und Wurstwaren. Erkrankte Tiere sterben mit hoher Wahrscheinlichkeit. Präventiv wäre es sinnvoll den Bestand an Schwarzwild gering zu halten.

Die Kosten je Untersuchung beliefen sich auf 7,50 – 10,00 €. Für die Landeshauptstadt Potsdam wären das ca. 5 000 – 10 000 € pro Jahr.

Herr Matz hält eine zeitliche Begrenzung der Förderung für sinnvoll.

Herr Becker erläutert als Vorsitzender der Jagdgenossenschaft von Uetz-Paaren, dass der Bestand an Schwarzwild zurzeit sehr groß sei. Alles, was geschossen werde, wird bei der Unteren Jagdbehörde registriert. Dabei sei die angesprochene Untersuchung eine Pflichtuntersuchung. Für Jäger rentiere sich aufgrund der Kosten für die Untersuchung und der dem entgegenstehenden geringen Einnahmen (aufgrund des geringen Gewichtes von Frischlingen) der Abschuss nicht. Dies sei aber nötig um den Bestand gering zu halten.

Auch er schließt sich der Forderung nach einer zeitlichen Begrenzung der Förderung an und schlägt hierfür zwei Jahre vor, nach deren Ablauf der Nutzen der Förderung evaluiert werden soll.

Herr Linke hält die geforderte Maßnahme für nicht zielführend. Weiter würde man mit einer geänderten Agrarpolitik kommen. Der Antrag sei abzulehnen.

Herr Dr. Schielke weist darauf hin, dass es beispielsweise in Bayern eine solche

Förderung bereits gebe, diese aber nicht zu einer Erhöhung der Abschussrate geführt habe.

Herr Rietz weist nochmals auf die beabsichtigte Signalwirkung hin und übernimmt die vorgeschlagenen zwei Jahre als Förderungszeitraum.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ab dem 01.08.2016 wird für das auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) erlegte Schwarzwild der Altersklassen 0 und 1 der eingereichte Wildursprungsschein als Antrag auf Gebühren und Auslagenbefreiung von der Trichinenuntersuchungsgebühr gewertet.

Diesem Antrag ist pauschal **für die nächsten zwei Jahre** stattzugegeben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 3.3 Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Nuthestraße
Vorlage: 16/SVV/0398
Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Walter bringt folgenden Ergänzungsantrag ein und begründet ihn.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Untersuchungsbereich ist auf die gesamte Nuthestraße auszuweiten.“

Herr Jäkel spricht sich deutlich gegen den Ergänzungsantrag aus. Es solle bei dem im Antrag geforderten Abschnitt bleiben, auch um die Prüfdauer nicht unnötig zu verlängern.

Herr Linke spricht sich für den Ergänzungsantrag aus, um zu viele unterschiedliche Geschwindigkeitsbegrenzungen auf der Nuthestraße zu verhindern, die in verschiedener Hinsicht nicht förderlich sind.

Herr Dr. Zöller spricht sich aufgrund klimatechnischer Belange sowie hinsichtlich der Belastung durch Feinstaub ebenfalls für den Ergänzungsantrag aus.

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) weist darauf hin, dass hier der Landesbetrieb und nicht die Landeshauptstadt zuständig ist. Zudem liefen die im Antrag geforderten Untersuchungen bereits. Eine Berichterstattung kann im November 2016 erfolgen.

Zum Ergänzungsantrag weist er darauf hin, dass in Deutschland Geschwindigkeitssenkungen zur CO₂-Minderung nicht vorgenommen werden dürften. Für straßenverkehrsrechtliche Anordnungen habe die Stadtverordnetenversammlung (StVV) grundsätzlich keine Kompetenz. Die StVV könne demnach auch keine entsprechende Geschwindigkeitsanpassung beschließen. Zudem würden sich die Dauer sowie die Kosten für die Prüfung deutlich erhöhen. Er spricht sich gegen den Ergänzungsantrag aus.

Herr Jäkel bittet den Antragsteller des Ergänzungsantrages diesen zurückzuziehen und stattdessen einen gesonderten eigenen Antrag zu einbringen.

Herr Linke kritisiert die Ausführungen der Verwaltung scharf. Wenn eine Geschwindigkeitssenkung aufgrund der Begründung CO₂-Minderung nicht möglich sei, müsse eben eine andere Begründung gefunden werden, aufgrund derer die Senkung möglich gemacht werden könne.

Herr von Osten-Sacken hält eine solche Praxis für unredlich und verteidigt die Vorgehensweise der Verwaltung.

Herr Walter erhält den Ergänzungsantrag aufrecht.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Ergänzungsantrag abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Untersuchungsbereich ist auf die gesamte Nuthestraße auszuweiten.

Er wird mit 2:4:0 abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den ungeänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Einführung

einer Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich des Wohngebietes Am Stern in den Nachtstunden auf der Nuthestraße zu prüfen und die notwendigen Gespräche mit dem Land zu führen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im November 2016 über den Stand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 3.4 Änderung der Kinderspielplatzsatzung

Vorlage: 16/SVV/0400

Fraktion SPD

HA

Herr Wartenberg bringt den Antrag ein und bittet um Zustimmung.

Frau Peukert (Bereich Grünflächen) weist auf entsprechende laufende Prüfungen hin.

Herr Beck gibt für die Verwaltung an, den Antrag zu begrüßen, bis Ende des Jahres sei hier aber kein Ergebnis zu erwarten. Er bittet um Verlängerung der Bearbeitungszeit.

Herr Wartenberg verlängert den Zeitrahmen auf das Ende des ersten Quartals 2017.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Kinderspielplatzsatzung der Landeshauptstadt Potsdam kurzfristig an die geänderte Bauordnung des Landes Brandenburg anzugleichen. Ziel ist es insbesondere, Hürden für das gemeinsame Spielen von Kindern auf nach dieser Satzung errichteten Spielplätzen abzubauen und die mit der Novellierung der Bauordnung eröffneten Möglichkeiten zur Schaffung öffentlich-rechtlicher Lösungen konsequent auszuschöpfen.

Der Entwurf einer überarbeiteten Kinderspielplatzsatzung ist der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens Ende des ~~Jahres 2016~~ **ersten Quartals 2017** zuzuleiten

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **1**

zu 3.5 Standort für den Ruderverein "Vineta"

Vorlage: 16/SVV/0426

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU/ANW
B/Sp., SBV (ff), OBR Neu Fahrland

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Frau Dr. Wartenberg (Vorsitzende des Rudervereins Vineta) nimmt ihr Rederecht wahr und macht zunächst Ausführungen zur Vereinsgeschichte. Der Ruderverein zielt darauf ab, den Breitensport in der Gegend zu fördern und den Schulsport zu unterstützen. Im Norden Potsdams fehlten Sportstätten. Zudem bedarf es bei Wasser als Sportstätte keiner gesonderter Pflege- oder Unterhaltungsmaßnahmen. Sie spricht sich für den im Antrag genannten Standort aus, an dem ein Bootshaus errichtet werden soll. Neben dem Sport soll hier auch das soziale Leben gefördert werden. Sie gibt Fotos eines möglichen Objektes her, die in digitaler Form dem Protokoll beigelegt werden. Eine gute Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr ist ebenfalls vorhanden und positiv zu erwähnen.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) führt aus, dass das betreffende Areal bereits Teil einer Prüfung gewesen ist. Im Ergebnis sei es zurzeit als öffentliche Grünfläche verplant. Der Ortsbeirat von Neufahrland hat sich bereits dafür ausgesprochen, dass die Fläche freigehalten werden soll, was dem vorliegenden Konzept widersprechen würde. Aus diesen Gründen sollte dem Antrag nicht entsprochen werden.

Herr Gessner (Bereich Sport) begrüßt den Antrag aus Sicht des Bereiches Sport, könne aber aus bau- und naturschutzrechtlicher Perspektive nichts dazu sagen.

Herr Jäkel schlägt aufgrund der Ausführungen der Verwaltung die Formulierungsänderung von „am nördlichen Ufer von Neufahrland“ in „in einem Uferbereich in Neufahrland“ vor, um die Prüfung auszuweiten und die Chance, einen geeigneten Ort zu finden, zu erhöhen.

Herr Wartenberg gibt an, dass dies leider die einzig mögliche Fläche sei. Auch er bemängelt, dass der Potsdamer Norden sportlich unterentwickelt sei und wirbt für den Antrag in seiner ursprünglichen Form. Er bittet die Verwaltung, nach Möglichkeiten zur Realisierung zu suchen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob ein Standort für den ehrenamtlichen Ruderverein "Vineta" am nördlichen Ufer von Neufahrland

realisiert werden kann. Der Standort soll ausschließlich dem gemeinnützigen Breitensport dienen und insbesondere ein niedrigschwelliges Angebot für Kinder- und Jugendliche bereithalten. Die vorgesehene gastronomische Einrichtung sowie der Uferbereich sollen öffentlich zugänglich, eine Zäunung ausgeschlossen sein. Die Prüfung soll Belange des Baurechts und die mögliche Gestaltung eines Nutzungsvertrages umfassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Stimmhaltung:	1

zu 3.6 Fußgängerüberweg Am Neuen Palais

Vorlage: 16/SVV/0427

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV

Herr Walter bringt den Antrag ein und erläutert die Situation vor Ort.

Herr Jäkel bringt die mit der Verwaltung abgestimmte geändert beschlossene Fassung aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 19.7. ein.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen**, ~~dafür Sorge zu tragen, dass das Tiefbauamt der Landeshauptstadt einen~~ **wie ein** Zebrastreifen auf der Westseite des Unigeländes an der Straße Am Neuen Palais einrichtet **werden kann**.

Weiterhin soll eine sicherere Verkehrslösung auf der Südseite des Campus, Verbindung vom Haus 19 zum Campuszentrum, geprüft werden.

In die Prüfungen ist die Verkehrsgruppe der Universität Potsdam einzubeziehen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Dezember 2016 über die einzuleitenden Maßnahmen und einen entsprechenden Zeitplan für deren Umsetzung zu informieren.“

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen**, ~~dafür Sorge zu tragen~~, dass das Tiefbauamt der Landeshauptstadt einen **wie ein** Zebrastreifen auf der Westseite des Unigeländes an der Straße Am Neuen Palais einrichtet **werden kann**.

Weiterhin soll eine sicherere Verkehrslösung auf der Südseite des Campus, Verbindung vom Haus 19 zum Campuszentrum, geprüft werden.

In die Prüfungen ist die Verkehrsgruppe der Universität Potsdam einzubeziehen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung im Dezember 2016 über die einzuleitenden Maßnahmen und einen entsprechenden Zeitplan für deren Umsetzung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.7 Sitzungskalender 2017

Vorlage: 16/SVV/0408

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
alle Ausschüsse und OBR

Herr Lack weist darauf hin, dass der vorgeschlagene Sitzungstermin am 31.8.2017 in den Sommerferien liegt und er an diesem Tag nicht die Leitung des Ausschusses übernehmen kann.

Herr Rietz sagt die Vertretung an diesem Tag zu.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2017 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.9 Handwerkerparkausweis

Vorlage: 16/SVV/0376

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) stellt die Mitteilungsvorlage anhand einer Präsentation vor. In Potsdam bedarf es keines gesonderten Handwerkerparkausweises, da das Parken für Handwerker hier bereits durch eine Ausnahmegenehmigung möglich ist.

Um diesen Umstand für Betroffene noch einmal deutlicher zu machen hat die Landeshauptstadt Potsdam in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer eine entsprechende Broschüre erarbeitet, die auf den Internetauftritten beider Institutionen zur Verfügung steht.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 16/SVV/0376 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 BE über Sachverhaltsermittlungen und verfahrensrechtliche Konsequenzen zu Baumfällungen auf der Südspitze von Hermannswerder (DS 16/SVV/0232)

Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Herr Beck gibt an bezüglich der Beantwortung vom 21.4.2016 zur DS 16/SVV/0232 (Wer hat die Fällung der zahlreichen gesunden Bäume mit Stammumfängen größer 30 cm an der Südspitze von Hermannswerder genehmigt?) heute die abschließende Information zu Anlass und Verursacher nachzureichen.

Die Fällungen und Rodungen wurden durch die Hoffbauer Stiftung veranlasst, wobei auch 5 Robinien mit einem Stammumfang größer 30 cm gefällt wurden. Ziel des benachbarten B-Planes „Fährwiese“- VEP22 (Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 22 "Fährwiese Hermannswerder") für die Inselspitze Hermannswerder ist die dauerhafte Etablierung eines „Eichenmischwaldes bodensaurer Standorte“. Dazu ist eine Beseitigung der Robinien im Naturschutzinteresse und als externe Kompensationsmaßnahme im VEP22 definiert. Die Robinien sind in diesem Sinne standortfremder Jungaufwuchs und stellen hier keine wertbestimmenden Elemente der Biotopqualität dar. Sie konkurrieren zudem mit wertvollen existierenden Trockenrasenelementen im Umfeld. Entsprechend besteht neben dem Zulassen von Pflanzen des „Eichenmischwaldes bodensaurer Standorte“ kein naturschutzfachliches Interesse separate Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Es wird lediglich der naturnahe Jungaufwuchs, den Standortbedingungen entsprechend, bei gleichzeitiger Verdrängung konkurrierender Robinien zugelassen. Auf die Festsetzung von Baumersatzpflanzungen wurde so im Sinne der Förderung der natürlichen Biotopstrukturen verzichtet.

Eine abschließende Klärung, ob die Robinien gemäß Potsdamer Baumschutzverordnung (PBaumSchVO) oder Waldgesetz zu beurteilen sind, konnte die zuständige Forstbehörde nicht herbeiführen. Daher wird im Nachgang davon ausgegangen, dass die Bäume unter die PBaumSchVO fielen. Ein entsprechender Antrag wurde jedoch nicht gestellt. Im Ergebnis der Prüfung des ordnungsbehördlichen Verfahrens ist festzustellen, dass mit der Fällung der

Robinien und der Etablierung der Biotope gemäß B-Plan das naturschutzfachliche und planerische Ziel umgesetzt wurde. Es erfolgte eine naturschutzrechtliche Aufklärung mit dem einsichtigen Verursacher. Vor diesem Hintergrund habe man davon Abstand genommen, ein ordnungsbehördliches Verfahren einzuleiten.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**zu 4.2 Stellungnahme zu bleibelastetem Trinkwasser durch veraltete
Trinkwasserleitungen im Stadtgebiet Potsdam**
Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 6.10. verschoben (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

**zu 4.3 Information zum "Stadt-Umland-Wettbewerb (SUW): Umsetzungsprogramm
'Szenario 21,9 Mio.'"**
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) informiert, dass das „Umsetzungsprogramm 21,9 Mio.“ bereits in der kommenden Stadtverordnetenversammlung am 14.9.2016 mittels Sofortbeschluss bestätigt werden soll, um die Projekte möglichst schnell auf den Weg der Realisierung zu bringen. Aus diesem Grund erfolgt heute die Vorstellung im KOUL-Ausschuss. Im SBV-Ausschuss sowie in den Ortsbeiräten Fahrland, Satzkorn, Golm und Marquardt sind die Mitglieder ebenfalls bereits vorab informiert worden. Anhand einer Präsentation gibt er detaillierte Erläuterungen. Die gezeigte Übersicht zu den Förderbudgets nach Themenfeldern sowie die Maßnahmenübersicht befinden sich als Anlage zur Beschlussvorlage im Ratsinformationssystem.

Der vollständige Wettbewerbsbeitrag in der Abgabefassung ist unter:
<https://www.potsdam.de/stadt-umland-wettbewerb> einsehbar.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Information zur Kenntnis.

zu 4.4 Information zum Befreiungserfordernis "Campus Medienstadt"
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Beck führt aus, dass auf Bitten des SBV-Ausschusses hierüber, insbesondere im Hinblick auf den Baumerhalt, auch im KOUL-Ausschuss informiert werden soll. Anhand von Bildmaterial erläutert er den betreffenden Baumbestand und weist darauf hin, dass es keine Auswirkungen auf die im Bebauungsplan als zu erhalten festgesetzten Bäume gibt.

Herr Jäkel betont, dass schützenswerte Bäume auf jeden Fall erhalten bleiben sollten. Die Verwaltung solle darauf besonderes Hauptaugenmerk legen und dies

überwachen.

Herr Beck stellt noch einmal klar, dass genau dies im Interesse der Verwaltung ist und darauf von ihr verstärkt hingearbeitet werde.

Herr Linke erkundigt sich über die Versiegelung des Straßenbelages und über die geplante Baumbewässerung.

Herr Beck weist darauf hin, dass das Teil des Baugenehmigungsverfahrens sein wird.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Information zur Kenntnis.

zu 5 Sonstiges

Herr Walter hatte im Vorfeld zur Sitzung um kurze Information der Verwaltung darüber gebeten, wann mit der Umsetzung des Beschlusses zum Lichtmasterplan (DS 16/SVV/0062) gerechnet werden kann.

Herr Beck informiert, dass der Fahrplan zur Beteiligung noch vor Ende dieses Jahres vorliegen wird.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift